



## SPD-Fraktion und Jusos Halle Westfalen

Frau  
Bürgermeisterin  
Rodenbrock-Wesselmann

Halle, 10. Juli 2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rodenbrock-Wesselmann,  
die SPD-Fraktion und die Jusos stellen folgenden **Antrag**:

**Der Rat der Stadt Halle Westfalen beschließt:**

1. **Die Stadt Halle erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.**
2. **Die Stadt Halle erklärt sich dadurch bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.**
3. **Die Stadt Halle stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung – für die Ankommenden zur Verfügung.**
4. **Die Stadt Halle spricht sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer aus und erklärt sich mit der zivilen Seenotrettung solidarisch.**
5. **Die Stadt Halle tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und bekennt sich zu den Zielen der „Potsdamer Erklärung“.**
6. **Die Stadt Halle beteiligt sich darüber hinaus an der Gründung eines Bündnisses aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.**

### Begründung:

Die europäische Geflüchtetenpolitik versagt. Täglich erreichen uns Nachrichten über Seenotrettungsoperationen, weil Geflüchtete seeuntüchtige Boote besteigen, um bitterster Not in ihrer Heimat zu entfliehen. Dabei spielen sich menschliche Tragödien ab, Boote kentern, Menschen ertrinken. Erreichen Boote dennoch die europäische Küste, werden sie

abgewiesen oder müssen tagelang warten, bis sie an Land gehen dürfen. Zeitgleich sind die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht in der Lage, sich auf ein menschenwürdiges Handeln zu einigen. Die Seenotrettung im Mittelmeer wird zurzeit, unter schweren Bedingungen, beinahe ausschließlich durch private Rettungsmissionen gewährleistet.

In der medialen Debatte, aber auch in der Priorität einiger Regierungen scheint die Kriminalisierung der Rettenden höhere Priorität als die Rettung und Aufnahme der Geflüchteten zu haben.

Dieser Umgang mit Geflüchteten verletzt zutiefst ihre Würde und die Kriminalisierung der Seenotrettung führt am eigentlichen Kern des Problems vorbei. Wir sind aber immer in der Pflicht, Menschen aus einer konkreten Lebensgefahr zu retten und Europa ist dort gemeinsam in der Verantwortung.

Die „Initiative Seebrücke - schafft sichere Häfen“ setzt sich seit dem Sommer 2018 für eine Unterstützung der Seenotrettung und einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ein. Bei Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Deutschland setzten viele Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen gegen polarisierende Rhetorik einiger Politiker. Mehr als 60 Städte und Gemeinden in ganz Deutschland haben sich zudem seither als „Sichere Häfen“ erklärt und ihre konkrete Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter sowie ihre Solidarität mit den Seenotrettern erklärt.

In einer „Potsdamer Erklärung der Städte Sicherer Häfen“ haben die Städte gegenüber der Bundesregierung ihre Bereitschaft bekräftigt und die Genehmigung sowie die Unterstützung bei der Aufnahme eingefordert.

Auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Bielefeld haben an die Bundeskanzlerin appelliert, nicht tatenlos zuzusehen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, während sich die europäischen Länder nicht über Aufnahmequoten und Zuweisungsverfahren einigen können.

In Nordrhein-Westfalen sind Arnsberg, Bad Lippspringe, Bielefeld, Blomberg, Bonn, Brilon, Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Kempen, Köln, Krefeld, Meschede, Olsberg, Solingen, Viersen, Wetter/Ruhr dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beigetreten.

Halle ist eine vielfältige und offene Stadt, die zu den Grundfesten unseres Zusammenlebens steht. Dazu gehören Humanität, das Recht auf Asyl und auch das Gebot zur Hilfeleistung, wenn sich ein Mensch in Not befindet. Halle will dazu einen aktiven Beitrag leisten und Menschen, die als Geflüchtete in Seenot geraten in unserer Stadt aufnehmen. Getragen wird diese Idee von vielen Menschen auch in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Kirchen, die sich neben der Stadtverwaltung - ehren- wie auch hauptamtlich - um Geflüchtete kümmern und sorgen.

Nach einem positiven Ratsbeschluss wird die Bürgermeisterin der Bundesregierung die durch den Ratsbeschluss bekräftigte Bereitschaft der Stadt zur zusätzlichen Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten mitteilen und durch eine schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ die Vernetzung mit anderen Städten und Gemeinden forcieren.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion  
Wolfgang Bölling  
Ulrike Niemeier-Müller

Jusos  
Tim Brandt  
Marie Hauhart  
Daniel Wörheide